



Chronologie Bergwerk Konrad - Stand: 09.02.2023

Zeitraum / Jahr	Aktivitäten / Ereignisse	Anmerkungen
1965 - 1976	Abbau von Eisenerz	6,7 Millionen Tonnen Erz wurden insgesamt bis 1976 gefördert. Dann stellte man die Erzförderung wegen Unrentabilität ein.
1975 - 1982	Untersuchung des Grubengebäudes auf Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle durch die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (heute: Helmholtz Zentrum München)	
1982	Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens durch die Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB)	Die PTB war damals die für die Endlagerung zuständige Behörde vor Gründung des Bundesamtes für Strahlenschutz
1992	Erörterungstermin zur Verhandlung der gegen das Projekt erhobenen Einwände	Der Erörterungstermin begann am 25. September 1992 in Salzgitter-Lebenstedt und endete am 6. März 1993 nach insgesamt 75 Verhandlungstagen. Rund 290.000 Einwander/innen beteiligten sich, ebenso die



		Kommunen Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel sowie die Verbände Greenpeace, BUND und einige Bürgerinitiativen.
2002	Das Niedersächsische Umweltministerium erteilt den Planfeststellungsbeschluss	Das Land Niedersachsen erteilte am 22. Mai 2002 den Planfeststellungsbeschluss und damit die Genehmigung für Errichtung und Betrieb des Bergwerks Konrad in Salzgitter als Anlage zur Endlagerung fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung.
2007	Bestätigung des Planfeststellungsbeschlusses durch das Bundesverwaltungsgericht	Rund 30 Jahre nach den ersten Voruntersuchungen und 5 Jahre nach dem Planfeststellungsbeschluss wurde nach einem Klageverfahren dieser höchststrichterlich bestätigt. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies die Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision in den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ab.
2007	Beginn der über- und untertägigen Arbeiten zur Errichtung des Endlagers	Die Umrüstarbeiten sollen mehrere Jahre in Anspruch nehmen, Einlagerungsbeginn war im Jahr 2008 zunächst für Ende 2013 vorgesehen.
2013	Verzögerungen bei den Errichtungsarbeiten	Im März 2013 gibt der Betreiber bekannt, dass sich die Inbetriebnahme des Endlagers aufgrund zusätzlicher



		Sanierungsaufwände bis 2021 verzögern könnte.
2014	Weitere Verzögerungen bei den Errichtungsarbeiten	Der Betreiber geht im Oktober 2014 davon aus, dass die Einrichtung des Lagers insgesamt mindestens 2,9 Milliarden Euro kosten werde. Einen konkreten Eröffnungstermin könne er indes noch nicht nennen.
2016	Betreiberwechsel	Im Juli 2016 ist das Gesetz zur Neuordnung der Organisationsstruktur im Bereich der Endlagerung in Kraft getreten. Der Betrieb des Endlagers Konrad ist am 25.04.2017 vom BfS auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) übergegangen. Die bislang als Betriebsführungsgesellschaft und Verwaltungshelfer des BfS für Schacht Konrad beauftragte Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) ist zusammen mit Teilen des BfS und der ebenso bislang als Verwaltungshelfer tätigen Asse GmbH unternehmensrechtlich in der BGE aufgegangen.
2018	Verzögerung der Fertigstellung	Die Fertigstellung des Endlagers Konrad für schwach- und mittelradioaktive Abfälle benötigt mehr Zeit als ursprünglich geplant. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) rechnet auf der Basis eines jüngst vorliegenden externen Gutachtens mit der Fertigstellung



		erst im Jahr 2027.
2019	Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen für das Endlager Konrad (ÜsiKo)	Die BGE führt vor Inbetriebnahme eine ÜsiKo nach dem Stand von Wissenschaft und Technik durch. Dies erfolgt in einem abgestuften Verfahren. In Phase 1, die im April 2016 startete, wird der Überprüfungsbedarf (Identifikation sicherheitsrelevanter Deltas) durch unabhängige Gutachter ermittelt. Im Januar 2019 werden die Abschlussberichte der ersten Phase der ÜsiKo veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Ergebnisse des daraus resultierenden Review-Berichtes werden in den überarbeiteten, endgültigen Abschlussberichten aufgenommen. Die Arbeiten der Phase 2 (vertiefte Betrachtungen zu den Sicherheitsanalysen und ggf. deren Aktualisierung) werden von der BGE vorbereitet.
2020	Beginn von Phase 2 der ÜsiKo – Aktualisierung von Sicherheitsanalysen	Alle in der Phase 1 identifizierten sicherheitsrelevanten Deltas sollen durch externe Auftragnehmer bearbeitet werden. Die ersten Arbeitspakete werden im Sommer für die Bearbeitung durch Sachverständige öffentlich ausgeschrieben.
2021	Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für das zukünftige Endlager Schacht Konrad	Die Antragsteller BUND und NABU stellen infrage, dass das künftige Endlager dem Stand von Wissen-



		<p>schaft und Technik entspreche. Das als Planfeststellungsbehörde für diesen Antrag zuständige Niedersächsische Umweltministerium prüft den Antrag in der erforderlichen Tiefe und Gründlichkeit – die Sicherheit von Bevölkerung und Umwelt hat oberste Priorität. Verschiedene fachliche und rechtliche Vorträge des Antrages sind zugleich Prüfgegenstände der ÜsiKo.</p>
--	--	---